

RBK auch in Zukunft attraktiv !

**Rede des Vorsitzenden
der CDU-Kreistagsfraktion im Rheinisch-Bergischen Kreis,
Holger Müller MdL,
anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2015
in der Kreistagsitzung am Donnerstag, 11. Dezember 2014**

- Haushaltsrede -

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

am 25.05.2014 haben die Menschen im Rheinisch-Bergischen Kreis der CDU mit über 40% das Vertrauen ausgesprochen und sie für eine seriöse, zukunftsorientierte Politik belohnt. Mit einem Stimmenzuwachs von über 2% holten wir landesweit das zweitbeste CDU-Ergebnis.

Wir werten dieses Wahlergebnis als Auftrag, auch weiterhin die politische Führungsrolle im Rheinisch-Bergischen Kreis zu übernehmen, um unsere erfolgreiche Finanzpolitik fortführen zu können.

Es bleibt dabei: Nur mit gesunden Finanzen kann man auf Dauer auch gesunde Politik umsetzen. Der leichtfertige, bequeme Griff in die Schuldenkiste ist unverantwortlich für zukünftige Generationen und Projekte.

Weil stabile Politik stabile Mehrheiten voraussetzt, haben wir mit Bündnis 90/ Die Grünen einen Partner gefunden, mit dem wir gemeinsam auf der Grundlage solider Finanzen Zukunftsprojekte in Angriff nehmen werden. Für beide Fraktionen ist das Neuland, meine Fraktion und auch ich persönlich gehen die Zusammenarbeit mit Optimismus und auch Freude an.

Diese Koalition tritt an, Herausforderungen der Zukunft mutig anzugehen. Das Festhalten an überlebten Ideen ist nicht gut für unsere Menschen. Es kostet nur Geld und irgendwann hat es sich doch überlebt.

Deshalb müssen neue Ausgaben für neue Aufgaben immer unter folgenden Gesichtspunkten abgeprüft werden:

1. Sind sie seriös finanzierbar?
2. Lösen wir damit ein Problem der Gegenwart und der Zukunft?
3. Profitieren die Menschen und auch die einzelnen Kommunen davon?

Ausgaben, die nur konsumtiven Zwecken dienen, erfüllen diese Kriterien jedenfalls nicht.

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben im Wesentlichen zwei Anträge gestellt, die diese Kriterien erfüllen.

1. Mobilitätskonzept

Wir beantragen 100.000 Euro zur Erstellung eines kreisweiten Mobilitätskonzepts.

Dieser Betrag soll dazu dienen, sich externen Sachverstand für die anstehenden Maßnahmen zu beschaffen.

Mobilität ist in unserer Gesellschaft eine Grundvoraussetzung für Lebensqualität.

Das gilt zum einen für die Arbeitswelt. Die Mehrzahl der Berufstätigen sind Pendler, die auf gute Verkehrsverbindungen angewiesen sind. Neben einem leistungsfähigen Straßennetz brauchen wir aber ebenso wichtig eine gute Infrastruktur im ÖPNV. Dabei muss zunächst die Leistungsfähigkeit bestehender Systeme überprüft und gegebenenfalls optimiert werden. Gemeinsam mit unseren

Nahverkehrsunternehmen RVK und KWS werden wir insbesondere den Nahverkehr in den ländlichen Bereichen sowie in Tagesrand beziehungsweise Feiertag-, Abend- und Nachtzeiten untersuchen. Dabei

werden wir vor allem die Bedürfnisse der Senioren und der Jungen berücksichtigen. Insbesondere für Senioren ist Mobilität entscheidend für die Eigenversorgung und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dieses und vieles mehr wollen wir in einem ersten Schritt wissenschaftlich aufarbeiten, damit anschließend die Freude am Leben im Rheinisch-Bergischen Kreis noch weiter gesteigert werden kann.

2. Breitbandversorgung

Insgesamt stellen wir 152.400 Euro zur Verbesserung der Breitbandversorgung im Rheinisch-Bergischen Kreis zur Verfügung. Davon sind 80.000 Euro für die Erstellung eines Breitbandkonzeptes und 72.400 Euro für einen Breitbandkoordinator. Ohne kompetentes Personal werden wir die notwendigen Maßnahmen nicht schnell genug einleiten können. In einem ersten Schritt wollen wir das Ziel der Digitalen Agenda der Bundesregierung erreichen, bis zum Jahr 2020 den Kreis flächendeckend mit schnellen Internetanschlüssen von 50 MBit pro Sekunde, egal mit welcher Technologie, auszustatten. Glasfaser ist für uns die Schlüsseltechnologie, die den Kreis auch über die 50 Mbit pro Sekunde hinaus zukunftssicher macht. Deshalb setzen wir auf einen Glasfaserausbau im Kreis, der perspektivisch so viele Haushalte wie möglich direkt erschließen soll. Dieses Ziel wollen wir erreichen, indem wir gemeinsam mit unseren Kommunen und allen weiteren Akteuren am Markt Synergien suchen, um alle aktuellen und zukünftigen Tiefbaumaßnahmen im Straßenraum mit dem Glasfaserausbau oder dem Ausbau von Leerrohren zu verknüpfen. Die Erfahrung in anderen Kommunen hat gezeigt, dass durch diese Verknüpfung eine erhebliche Beschleunigung des Ausbaus des schnellen Internets möglich ist.

Neben uns haben auch die Freien Wähler bereits im letzten Jahr einen Vorschlag im Arbeitskreis RBK 2020 plus eingebracht, den wir jetzt in einem Antrag konkret stellen. Eine gute, flächendeckende Breitbandversorgung nutzt sowohl den Betrieben, als auch den Privatleuten und erhöht damit die Attraktivität des Rheinisch-Bergischen Kreises. Vor allen Dingen aber stärkt sie die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Hinsichtlich der weiteren Anträge beschäftige ich mich mit der **Schulsozialarbeit**:

Die SPD fordert in Ihrem Antrag die Übernahme von jährlich 337.000 Euro durch den Kreis. Die Landesförderung ist begrenzt bis 2017. Ob sie danach überhaupt fortgesetzt wird, steht in den Sternen. Ich habe die SPD angesprochen, wie das denn sein soll, wenn ab 2017, und da bin ich mir ganz sicher, die Landesförderung ganz entfällt. Darauf erhielt ich die Antwort: „Diesen Anteil können wir dann auf keinen Fall auch noch übernehmen!“ Und diese Aussage glaube ich nicht! Warum sollte ich es denn glauben? Noch am 4. Juli 2013 hat die SPD einer Resolution des Kreistags zugestimmt, in der es unter Punkt 2 heißt: „Der Kreistag begrüßt, dass der Bund die Finanzierung der Schulsozialarbeit aktuell übernimmt. Er fordert Bund und Land auf, die zukünftige Finanzierung sicherzustellen und damit die Kommunen zu entlasten. Der Kreis selbst wird diese wichtige Aufgabe nicht finanzieren können.“

Wenn die SPD nach gut einem Jahr nicht mehr weiß oder nicht mehr dazu steht, was sie selbst mit beschlossen hat, warum soll das dann nach drei Jahren der Fall sein? Und das in einer Zeit, in der wieder Wahlkämpfe vor der Tür stehen. Ich bin mir sicher, dann wird die SPD sich „in die Büsche schlagen“ und uns – die wir nur ihren Ausgaben gefolgt wären – unseriöse Finanzpolitik vorwerfen.

Aber auch noch einmal zu sonstigen Fakten.

Es wird uns unterstellt, wir wollten die bisherige Schulsozialarbeit abschaffen. Das ist eine böswillige Unterstellung. Es geht ausschließlich um die Art der Finanzierung.

In ihrem Antrag behauptet die SPD, der Bund müsse seiner Verpflichtung für die Übernahme der Kosten nachkommen und das tue er nicht. Wie bitte? Wieso denn der Bund? Die Bundesmittel aus dem BuT, übrigens einem Gesetz, das sie, als sie in Berlin noch in der Opposition waren, sowohl im Bund als auch in den Ländern erbittert bekämpft haben, dessen Wohltaten sie aber jetzt preisen und weiter kassieren wollen, waren ausdrücklich befristet.

Ich zitiere: „Eine Zusage des Bundes, die Finanzverantwortung für die Schulsozialarbeit zu übernehmen, hat es nicht gegeben.“ Ach so. Ich zitiere einen Brief vom 17. Februar 2014 von der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Frau Nahles, an den Vorsitzenden der Grünen-Fraktion im Landtag, Herrn Priggen.

Das passt natürlich nicht in die Propaganda von Frau Kraft, die beharrlich etwas anderes behauptet.

Fakt ist, dass der Bund 279 Millionen Euro an Bafög-Mitteln (an sich Ländersache) übernimmt. Aus den freiwerdenden Mitteln hätte das Land durchaus 100% der bisherigen Landesförderung übernehmen können.

Das Land will dem Rheinisch-Bergischen Kreis aber nur 60% geben. Landesweit beträgt die

Förderungsspanne aber 50-80%. 80% natürlich für die meistens von der SPD regierten großen Städte. Wir werden wieder einmal grob benachteiligt für unsere ordentlichen Finanzverhältnisse. Wie heißt es doch im Schreiben der Landesregierung vom 28. November 2014 – ich zitiere: „Dabei berücksichtigt das Land in besonderer Weise die spezifische Haushaltssituation in den Kreisen und kreisfreien Städten.“

Und weiter: würde das Land die für die Kreise relevanten Kriterien nicht auf den Kreis, sondern auf die einzelnen Kommunen anwenden, würden außer Odenthal und Wermelskirchen alle Kommunen bei uns mehr als 60% Landesfördermittel bekommen. Auch das ist eine grobe Ungerechtigkeit.

Nach allen diesen Argumenten weisen wir den Vorwurf der sozialen Kälte empört und entschieden zurück.

Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass Aufgaben vor Ort durch die dort zuständigen Schulträger verantwortet und bedarfsentsprechend wahrgenommen werden können. Die haben dann nämlich auch die Möglichkeit, örtliche Synergieeffekte besser auszunutzen. Dabei bleibt es unbenommen, bestehende Strukturen weiterhin fortzuführen oder unter Berücksichtigung der Landesförderung anzupassen. Dieser Ansatz entspricht im Übrigen auch der unter den Ziffern 3 und 4 dargestellten Intention der oben genannten gemeinsamen Resolution.

Deshalb sind wir der Meinung, übrigens wie die Mehrheit aller Kreise laut Auskunft des Landkreistages, dass der Kofinanzierungsbetrag von den Kommunen übernommen werden soll.

Im Übrigen würden sie es über die Kreisumlage letztlich sowieso selbst bezahlen. Und die werden wir solange es möglich ist, stabil halten.

Den von der SPD gestellten Antrag lehnen wir ab.

Wir sind der Meinung, dass die Kommunen das vor Ort besser selber regeln können und im Sinne des Subsidiaritätsprinzips auch sollten. Das ist auch der Grund, warum wir als Kreis die Mittel an die Kommunen weiterleiten wollen. Vor Ort kann man es am besten.

Insbesondere auch wegen unserer Verantwortung für die **Kreisumlage**.

Unsere Hauptaufgabe besteht darin, die Kreisumlage solange wie möglich stabil zu halten, um unseren Kommunen Planungssicherheit zu geben. Aktuell schaffen wir das bis 2017/18. Mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik versuchen wir diesen Zeitraum zu verlängern. Bei allem Wünschenswerten müssen wir stets daran denken, dass die Kommunen diese Wünsche letztlich sowieso über die Kreisumlage bezahlen.

In diesem Jahr habe ich meine Haushaltsrede noch kürzer gefasst als in den zurückliegenden Jahren.

Denn ich halte mich gerne an das Motto:

Wer viel redet, hat noch lange nicht viel zu sagen.

Abschließend bedanke ich mich beim Landrat und seiner Mannschaft für die auch dieses Jahr perfekte Vorbereitung und kollegiale Beratung des Haushalts.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für 2015.

Vielen Dank.